

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Mai 1921

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 59

Neubestellungen

auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsheft zulässig. Der Bezugspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt.

Licht- und Schattenseiten der Artikeldiskussionen im „Korr.“

Wir bringen einmal wieder eine Spezialnummer schweren Kalibers. Es wird unabweisbar sein, daß eine solche mit zehn kleineren Artikeleneinblendungen weniger problematischer Natur, aber von mehr praktischem Werte, bei unsern Lesern den Vorzug genießt. Bei uns natürlich auch, und zwar noch aus einem andern Grunde. Wenn trotz der Sorgfalt von der Redaktion gebrachten Hinweile auf die außerordentliche Schwierigkeit des Unterbringens der vielen Artikel und der zahlreichen Korrespondenzen drei Kollegen daherkommen und wollen mit zu ammen 652 Zeilen diktieren, wie nur mit ihren Kolombusdecken die arbeitende Welt erlöst und allein richtige Gewerkschaftspolitik geliebt werden kann, so ist das etwas viel verlangt.

Nimmt man die einfache Gegenüberstellung der beiden Jahrgänge 1921 und 1920 bis jetzt, d. h. bis zu Nr. 58, so sind ohne die redaktionellen Artikel sowie die von unsrer ständigen Mitarbeiter in diesem Jahre schon 250 aus der Kollegenliste kommende Artikel erschienen, im Vorjahre waren es 123; Korrespondenzen (Veranstaltungsberichte) wurden 520 bzw. 431 veröffentlicht. Das sind auf nur 58 Nummern verteilt bereits Steigerungen von 87 Proz. bei den Artikeleneinblendungen, aber nur von 21 Proz. bei den Veranstaltungsberichten.

Wir behaupten, daß die Meinungsfreiheit gar nicht uneingeschränkt sein kann, als sie im „Korr.“ zum Ausdruck kommt, und hauptsächlich nur unachulich gehaltene oder bis zu persönlichen Angriffen oder gar Beschimpfungen gehende Einblendungen oder gar zu wörtliche Wiederholungen von der Aufnahme ausgeschlossen bleiben. Wir vertreten aber auch den Standpunkt, daß es ohne die geringste Beeinträchtigung des geistigen Barometers angeht, wenn die Stellungnahme zu Tagesfragen mit weniger nervöser Kraft erfolgen würde, zumal doch die Redaktion mit ihren Mitarbeitern sich so leicht kein Gebiet entgegen läßt. Es werden häufig unserliche Urteile gefällt. Der Argumentierung merkt man nicht selten zu oberflächliche Beherrschung der Materie an. Dabei verhalten wir noch viel. Kurz gesagt sind im allgemeinen notwendig: mehr Ruhe, größere Abklärung, konzentriertere Erläuterung des Schemas, weniger Selbstaufwand. Die Veranstaltungsberichte sollen bei lehrerem Erfordernisse besonders erwähnt werden, weil sie meistens immer noch zu viel Nebenläßliches enthalten und Einzelmeinungen bzw. Einzelurteile häufig zu sehr in den Vordergrund treten lassen; der Schriftführer hat mit seiner Auffassung von den Dingen mehr zurückzubalten.

Bessere Berücksichtigung der zeitlichen Erfordernisse wäre ebenfalls zu empfehlen. Das zeigt sich bei den drei nachfolgenden Artikeleneinblendungen. Überwiegend werden gewerkschaftsaktuelle Fragen behandelt, die durch Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses oder unser Generalversammlung ihre einstweilige Regelung gefunden haben. In diesem Jahre tritt weder das Gewerkschaftsparlament noch unser Verbandsparlament zusammen, im nächsten aber beide. Da ist es doch unstrittig richtiger, wenn in zeitlicher Annäherung an diese Zusammenkünfte alles zur Sprache gebracht wird, was abänderungsbedürftig erscheint. Selbstverständlich befindet sich die Gewerkschaftspolitik in fortwährendem Flusse, deshalb soll sie auch im „Korr.“ erörtert werden. Das geschieht aber doch am besten dann, wenn die Voraussetzung, sie zu beeinflussen, eher gegeben ist, also in Näherbringung an die maßgebenden Zusammenkünfte. Zuzunehmend solche Diskussionen, birgt die Gefahr in sich, daß zum gegebenen Zeitpunkt

der Meinungsaustrausch weniger lebhaft, also auch von geringerem geistigen Ertragnis ist, weil man sich eben schon zu sehr ausgegeben hat.

Einen neuen Abstand, der aus unsern Zeitverhältnissen resultiert, wo so gern nebelhafte Trostbilder entrollt werden, müssen wir einmal zur Sprache bringen. Wir kennen schon eine Anzahl von schreibfertigen Kollegen, die in irgendeinem von ihnen entbedachten, erfundenen oder aufgefressenen Systeme alles Hell erblicken. Sie gehen nun mit einem Eifer daran, ihre Zukunftsvisionen im „Korr.“ zu schildern, der sie ganz übersehen läßt, daß ihre privaten Stecknadeln mit der für das Verbandsorgan geltenden Aufgabe, alles nur von den für die Allgemeinheit in Betracht kommenden großen Gesichtspunkten aus zu behandeln, nicht als gleichwertig betrachtet werden können. Namen, die für diesen neuen, unsre Raumerfahrung noch vergrößernden Sporn in Frage kommen, wollen wir noch nicht nennen, weil hiernach wohl Selbstbestimmung und Schonung des „Korr.“ erwartet werden kann. Kollege Linke (Leipzig) gibt diesem Empfinden in seinem Aufsatz ja schon Ausdruck, indem er sagt, der „Korr.“ bringe auch Artikel, die über seinen Rahmen hinausgehen, und richtiger in politische Arbeiterblätter gehören. Die 308 Zeilen, die er selbst vom Stapel läßt, sind — jedenfalls unbekannt — wenigstens zu einem Teil gleich Beweis dafür.

Abhilfe gegen zu ausgiebige Artikeldiskussionen ließe sich heutzutage, wo ein jeder recht haben will und das Beschränken eigener Wege so leicht fällt, mit einem einfachen, aber ziemlich unbeliebten Mittel erzielen. Die Redaktion brauchte nur, wo es notwendig erscheint, mit eilichen Bemerkungen oder in einem Nachsatz die in Frage kommende Sache von der andern bzw. von der aufzufassenden Seite aus beleuchten, was meistens wohl befondere Artikeleneinblendungen erübrigen, also nach jeder Möglichkeit beträchtlich Raumersparnis bringen würde. Die sogenannten Anhängewagen sind zu wenig, bestimmt aber seltener Verwendung als früher, was jedoch nicht davor schützt, speziell aus Veranlassungen Vorwürfe über ihre Zunahme zu vernehmen, wozu leider gedankenlose Zustimmung meistens leicht erreicht wird. Das geschieht nicht immer aus böser Absicht. Der „Korr.“ ist ja nicht nur letzten Endes der Witzblätter für alle in dieser Zeit schwerster Bedrückungen uneingeübt bleibenden Versuchungen und leidet demgemäß nicht am wenigsten unter dem Ausbleiben der seit dem November 1918 von andern Seiten gar zu freigebig erfolgten Verbeiwungen. Was in den letzten zweieinhalb Jahren alles aus der Retorte des Radikalismus hervorgegangen ist, hat nun die „Gewerkschaftsbürokratie“ im allgemeinen auszubaden und für unsre Verhältnisse der „Korr.“ im speziellen. Was man nicht deklarieren kann, greift man eben als „Schreibweise“ des „Korr.“ an! Darüber haben wir in Nr. 32 schon und deutlich gesprochen. Es lehrte es aber eilichen gegen den Strich gehen mag, auch die andre Seite zu hören, es muß nicht nur aus Raumrücksichten wieder mehr durchgegriffen werden. Es ist nämlich mit der Geduld vieler am Ende, daß wir sozusagen alles aufnehmen. Die Anschläge gehen halt weit auseinander, so eng auch im Räume sich die gleichartigen Verhältnisse und Bedürfnisse haben. In Zukriften an uns wird vielfach, wenn schon die Meinungsfreiheit nicht geschmälert werden solle, verlangt, daß wir — mehr Anhängewagen verwenden, d. h. wieder mehr mit Redaktionschwänzen arbeiten möchten, weil vermeintlich der „Korr.“ zu sehr zum Sammelpflege von Absonderlichkeiten wird. Der maßvollianische Lobgesang des Kollegen Ernst Schulze (Berlin) in Nr. 51 hat solche Stimmen verlärt ausgestellt; es liegen auch einige Artikel dazu vor. Wir waren uns wohl bewußt, daß gegen das Schulze'sche Rezept zur Beilegung der Arbeitslosigkeit sich Widerspruch einstellen würde. Im Namen der dreimal gebilligten Meinungsfreiheit haben wir es aber dahingehen lassen; nun schilt man die Redaktion und von sojanannter christlich-gewerkschaftlicher Seite werden daraufhin von neuem die Gangselle ausgeworfen.

Die drei nachfolgenden Artikel können nach solchen Erfahrungen alleamt nicht einfach passieren. Es wäre

den Lesern bei solchem Umfang aber doch zu viel zu gemutet, die erforderlichen Randzeichnungen dazu gleich noch hinzunehmen. Wir wollen deshalb in nächster Nummer die berührten Punkte und Begriffsweite in einem besonderen Artikel ergänzend behandeln.

In einem Punkte jedoch müssen wir den Artikel des Kollegen Stürz diesmal schon heranziehen, nämlich seiner ganz verunglückten oder auch mit den Saaren herausgezogenen Begründung wegen. Was Kollege Stürz gegen die Arbeitsgemeinschaften oder den (doch wohl gemeinten?) A.D.W. auf dem Herzen hat, steht mit den Kommunistenartikeln im „Korr.“ in helnem Zusammenhang. Die drei redaktionellen Artikel nach dem Märzputsch in Mitteldeutschland hatten zum Grundzug und klängen dahin auch aus, daß die beiden kommunistischen Parteien ihre Stellung zu den Gewerkschaften gründlich ändern sollten, jetzt fordern sie mit ihren Methoden den Gewerkschaften gegenüber zur schärfsten Abwehr heraus. Die A.D.W. hat bekanntlich nach längerem Schwanken sich für die Taktik entschieden, daß ihre Mitglieder, soweit sie Arbeiter sind, in den Gewerkschaften verbleiben sollen. Sie haben jedoch kommunistische Keimzellen zu bilden, haben in den einzelnen Verbänden örtlich kommunistische Fraktionen zu errichten, eine Reichsgewerkschaftszentrale der A.D.W. sucht in jeder Weise in die Taktik der Gewerkschaften hinein und mittels Sonderkongressen für die einzelnen Industriegruppen soll das in breiterer Basis versucht werden. Die Organisationsleistungen sehen eine Beteiligung an dem Stützpunkt der „rotten“ Gewerkschaftsverhältnisse in Mähkahn ab, die kommunistischen Agitatoren aber betreiben die Wahl von Delegierten dazu in jeder Weise. So folgt eine Herausforderung der Gewerkschaften nach der andern. Das Ganze ist Zerlegungsarbeit schlimmster Art; man spricht ja auch ungeniert von der „Eroberung der Gewerkschaften“ als von einem grundsätzlichen Ziele. Die A.D.W. gibt hingegen die weitergehende, aber doch ehrlichere Parole aus: „Hin aus den Gewerkschaften!“ Die Allgemeine Arbeiterunion hadert mit der A.D.W., daß diese nicht gleichfalls die Zerstörung der Gewerkschaften als einen von ihr zu verfolgenden Zweck angibt. Wenn auf dem jetzt abgehaltenen französischen Kommunistenkongress der Hauptführer Grollard erklärte, man werde auf dem bevorstehenden Kommunistenkongress in Moskau fordern, daß die Unabängigkeit der französischen Gewerkschaften unbedingt gewahrt werden müsse“, dann ist das ein Standpunkt, den man teilen kann. Kollege Stürz aber als Gewerkschaftsfunktionär steht nicht, daß der kommunistische Märzputsch dem Gewerkschaftsgedanken enormen Schaden zugefügt hat, in dem kommunistischen Zentren sich wieder in gelbe Hochburgen umwandeln, und sagt vorwurfsvoll, eine „gründliche Reform“ auf der „andern Seite“ und beim Gewerkschaftsbund im besondern wäre zum mindesten ebenso notwendig als das von uns verlangte Aufhören des kommunistischen Herangehens den Gewerkschaften gegenüber. Man könnte die Stürz'sche Mahnung auch so auslegen: Eorgt ihr andern lieber dafür, daß in den Gewerkschaften unten und oben der nötige radikale Schwung Platz greift und laßt die Kommunisten ungehört! Wie dem aber auch sei, des Kollegen Stürz Ausgangspunkt für seinen Artikel ist einfach unsagbar. Die A.D.W. und die A.P.W. behaupten die „Männer“ und die „Grabbänner“ mit unterschiedsloser Heiligkeit. Kollege Stürz aber stellt sich gewissermaßen schüchtern vor diese Parteien und richtet — als A.D.W.-, als A.P.W.-Mann oder als was sonst? — die „Mahnung zu einer gründlichen Reform“ an die „andre Seite!“

Unabhängig von dem geschmacklosen Einfall des Kollegen Stürz, auf den wir hier nur des besseren Zusammenhanges wegen eingegangen sind, hat die Kommunistenartikeldiskussion im „Korr.“ auch schon manchmal Staub aufgewirbelt. Es sind darin zwei Perioden zu unterscheiden, wenn man von dem, was weniger wesentlich vor der Nürnberger Generalversammlung gespielt hat, absieht. Ende August begann die erste und währte bis zu den großen Tarif-erhebungen. Nachher ging noch eine Typografie-debatte, die auch hauptsächlich von Berlin

bestritten wurde. „London oder Moskau“ war die Streitfrage. Es war nicht anders zu erwarten, der „Korr.“ konnte gar nicht eine solche Diskussion umgeben, für die Gewerkschaften stand zu viel auf dem Spiele dabei. Unter Grundsat, zu verhindern, daß dabei nach Parteiparolen verfahren werde, ließ sich im allgemeinen durchleben. Einige Artikelredakteure machten sich mißlieblich, weil sie zu häufig kamen. Eine bemerkenswerte Erscheinung war es, daß, als die Redaktion einrückt, die sonst aufeinanderfolgenden Widerreden ausbleiben. Aus Verhängnis von 18 eingeladenen zu 4 Redaktionsartikeln spricht wohl für unsre Reserve; es ist von unsrer Seite nicht zu viel geschrien, aber auch nichts unterblieben. Der letztere Fall wäre für die Organisation nachteilig geworden.

In diesem Jahre gab es schon eine Hochkonjunktur. Bel der von den Kommunisten in den Gewerkschaften betriebenen Mitarbeiterarbeit war das kein Wunder, und da nach dem Trennungsparteitag der Unabhängigen der kommunistische Welgen mit Hilfe der bolschewistischen Agitationskommission kräftig blühte, konnte das erst recht nicht ausbleiben. Die Grenzlinie zwischen Oppositions- und Kommunistenartikeln verwich sich aber mehr, weil nach Halle unsre Opposition sich in zwei Lager teilte. So können eigentlich 33 der letzteren Art gezählt werden, wozu natürlich auch die gegen die kommunistische Lesung schreibenden Kollegen gerechnet werden müssen, auf Berliner Herkunft entfällt etwa die Hälfte. Die Redaktion ist außerdem mit drei Haupt- und vier kleineren Artikeln beauftragt, ebenso mit einigen Rundschauartikeln. Da zudem eine Anzahl von Berliner Oppositionsartikeln (herüber und hinüber) extra ging, so wurde es den Kollegen draußen zu bunt; man begann sogar im „Korr.“ gegen die Berliner Hauptkollegen aufzutreten. Nach der Gewerkschaftskonferenz im März machten wir dann Schritt damit, unsre vorbergebenen Vorstellungen waren unbeachtet geblieben. Verschiedene Berliner Kommunistenartikel fielen dadurch unter den Tisch; aus andern Orten kommende oder allgemeiner gehaltenen wurden aber auch später aufgenommen. Wir akzeptierten nämlich den von dem engagiertesten Artikelredakteur dieser „Sparte“ zum Schluß — nachdem er selbst auf alle mögliche Weise für die (durch die russischen Methoden ganz entstellte) Sache des Kommunismus Protestanten gemacht hatte — aufgestellten Grundsat: „Der „Korr.“ sollte nur dazu benutzt werden, um Probleme, die für alle Kollegen Deutschlands von Interesse sind, zu erörtern.“

Den Kommunistenputsch im März haben wir selbstverständlich im großen behandelt, denn nichts vermag anschaulicher gegen die ganze kommunistische Agitation und Provokation zu zeugen. Die Gewerkschaftspressen folgten diesem Beispiele; jezt noch lauten Artikelserien, u. a. eine sehr wirksame im Transportarbeiterorgan. Unsere Artikel waren durchschlagend und so objektiv, daß die „Rote Fahne“ kurz schrieb, wir hätten richtig den bewußten kräftigsten „Offenen Brief“ als Ausgangspunkt der Märsaktion herausgefunden. Aus unsren Reihen kamen keine Gegenartikel, in einigen Verammlungen jedoch äußerte sich Unwille über die „vielen Kommunistenartikel“; da unser Anteil daran nur schwach ist, geht der Vorhalt an andre Adressen. Wir haben in den angelegenen Artikeln ausdrücklich erklärt, das beste Vorbeugungsmittel ist sachgemäße Aufklärung; so nur, wenn die kommunistischen Führer isoliert bleiben, können die Gewerkschaften ohne schmerzliche Operationen über diese Epidemie hinweg. Wir leben in andern Organisationen bereits sehr ungeliebte Situationen; so auch bei den Buchbindern, wo kürzlich eine Veratsung zwei Tage lang sich abspielte, mit Berlin einen Weg aus dem Holze zu finden. (Der Berliner kommunistische Organisationsleiter wurde wegen fortgesetzten provokatorischen Verhaltens abgesetzt). Es liegt eine unheimliche Demagogie darin, daß jezt, nach dem folgenschweren Ausschusse von Dr. Levl, der zwei Jahre lang der kommunistische Papst in Deutschland war, der Zentralausschuss die Parteidisziplin bis zum Eunuchenstum gesteigert wissen will („Aufrechterhaltung der straffsten Disziplin in jedem Falle“), während dem „Gelinde“ gegenüber (d. h. den Gewerkschaftsleitungen) Disziplinlosigkeit immer mehr Trumpf wird. Levis Broschüre gegen den Wahnsinn vom März hat aber doch schon Früchte der Erkenntnis getragen, so daß nicht nur in Mitteldeutschland, sondern selbst in Berlin eine schwere Misstakt bei den Kommunisten eingetreten ist. Der rechtskommunistische Flügel (Bräb, Baumig, Kurt Geiger, Adolf Hoffmann, Jeltzin, Malasch, Neumann, Eder) hat darüber lobend bezeugende Entstellungen gebracht. Der mit infamen Verleumdungen gegen Amsterdäm weiter operierende Einseitige (vgl. die neue, vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene Broschüre über den Schriftwechsel zwischen der „gelben“ und der „roten“ Gewerkschaftsinternationale) wird seinen Hochmut über den „Verlust“ der Amsterdämer an die Moskauer also bald zu Grabe fragen können.

Die „Rote Fahne“ schrieb am 20. April im Leitartikel: Im Buchdruckerverband ist dagegen zu sehen, daß die Bureaokratie sich absolut defensiv verhält. Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß

sich diese Defensiv aus der Schwäche des kommunistischen Einflusses in dieser Organisation erklärt.

Die „Bureaokratie“ unserer Organisation hat auf der letzten Gewerkschaftskonferenz zu der kommunistischen Agitation in den Gewerkschaften eine abwarrende Stellungnahme für richtig gehalten; mehr nicht. Daß bei uns der kommunistische Einfluß selbst von der „Roten Fahne“ als gering angesehen wird, kann auch als Erfolg der aufklärerischen Diskussion im „Korr.“ gelten, wodurch der gesunde Sinn untrer Kollegen noch Stärkung gefunden hat. Die Kommunistenartikel hätten also ihren Zweck erfüllt und wären zu unterbreiten, was dem „Korr.“ eine Entlastung sein wird.

Wir wollen keineswegs wirklich anregende und answeltelhaft den Geist in der Organisation lebendig erhaltende Artikelredaktionen missen. Sind die Entzündungen allgemindlich gehalten, wird niemals von uns danach gefragt werden, auf welchem Standpunkte der Verfasser sonst steht. Es ist aber bei manchem Thema ein Zuviel festzustellen gewesen, auch nach das Kurzfassen noch von verschiedenen Artikelredakteuren, die öfters zu Gast kommen, geübt werden. (Auf die Verammlungsberichterstaltung hat das gleiche Bezug.) Artikel von dieser Spezies könnten sich wohl unsern öfteren Sinneswegen zugänglich zeigen und von ihrem Egoismus ablassen. Wer bei jeder Gelegenheit mit einem Artikel angeht, kommt und meistens auf schnellste Aufnahme drängt, bedenkt gar nicht, daß unter den rund 75000 Mitgliedern des Verbandes sich noch mehr Kollegen befinden, die auch darauf brennen, von der Tribune des „Korr.“ aus sprechen zu können. Mancher macht es sich mit „seinem“ Artikel gar zu leicht: eine kurze Einleitung, dann ein mehr oder weniger grober Stellungsausschalt eingeholt, zum Schluß ein paar Zellen eigenen Gewissens, und fertig ist die „eigene“ Meinung. Wie verstanden die Begriffe schon geworden sind, konnten wir jezt wiederum erleben. Einem gern im „Korr.“ sprechenden Kollegen, der aber das Pech hat, nie Lösungsvorschläge zu finden, bedeuteten wir im „Briefkasten“, daß Beiseitendellung noch immer eine Zier ist. Daraufhin geht uns gleich gedruckt auf einer Postkarte ein „Memorandum“ zu, in dem Betreffender erklärt, uns „kurz bemerken“ zu müssen, was „ne harke ist“. Sieben Punkte werden da aufgezählt, um darzutun, wie wir auf dem Solwege sind. Die von ihm behandelte Materie ist ungeheuer wichtig — die Redaktion hat sie aber zuvor schon eingehend erörtert. Es kam nicht darauf an, wer schreibt, sondern was geschrieben wird. Das stimmt an sich und auch in diesem speziellen Fall, in dem unsre Keler für dieses Kollegen geistige Spaziergänge meistens nur ein Kopfschütteln haben, was noch gelinde ausgedrückt ist. In dem Schlusswort nach der lebenpunktigen Standrede wird für den Fall der Ablehnung noch mit einer Beschwerde beim Verbandsvorstande gemittelt. Wir möchten wohl wissen, wie dieser extreme Kollege, ohne dessen Sent es nicht geht, dessen Willkür wir aber nicht mißkreditieren wollen, an unsrer Stelle mit der Artikelredaktion und den neben- oder darüber hinausgehenden zahllosen Wünschen und Erwartungen fertig werden wollte!

Wir müssen inständigst eruchen, diese Verleitung nicht unbeachtet zu lassen. Der „Korr.“ hat unter allen Gewerkschaftsblättern die vielseitigsten und auch umfangreichsten Artikelredaktionen. In untrer red- und schreibeligen Zeit wird jezt zuviel getan. Nur dem faktischen Zuviel soll bei uns gesteuert werden, um damit zugleich den schweren Mißstand zu beseitigen, daß Verammlungsberichte bis zu vier Wochen und Artikelentwürfen häufig noch länger in der Redaktion lagern müssen. Wir erbitten verständige Mitwirkung dierbei.

Arbeitsgemeinschaft und Arbeiterklasse

Am Schlusse der Artikel „Die kommunistische Offensive“ empfiehlt der „Korr.“ in seiner Nr. 41 vom 9. April der WPD, und der KPD, eine gründliche Reform ihrer bisherigen Stellung zu den Gewerkschaften. Dies gibt mir Veranlassung, die gleiche Mahnung einer grundlegenden Reform an die andre Seite zu richten und insbesondere an den Gewerkschaftsbund.

Die Gegensätze zwischen den einzelnen Richtungen innerhalb der Gewerkschaften finden ihre Nahrung zum großen Teil in der reformistischen Verleumdung und in der Stellung des Gewerkschaftsbundes zur Frage der Arbeitsgemeinschaften. Der Kampf der Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Kapital und Arbeit wagt schon seit langer Zeit. Zum Glück haben die Zeitverhältnisse wesentlich dazu beigetragen, daß die Anzahl der Gegner der Arbeitsgemeinschaften immer mehr zunimmt, die Erkenntnis sich mehr und mehr in der Arbeiterklasse durchdringt, daß eine gemeinschaftliche Interessenvertretung durch Verhandlungen zwischen Kapital und Arbeit ein Anding ist. Im entscheidenden Moment wird in diesen Arbeitsgemeinschaften immer der wirtschaftlich Stärkere den Vorteil davontragen, die gemeinsamen Interessen werden recht wenig oder gar keine Berücksichtigung finden. Es ist noch nicht allzu lange her, wo selbst Vertreter von der Zentralarbeits-

gemeinschaft erklärten, Nutzen für die Arbeiterklasse aus der Mitarbeiterarbeit in dieser Art Arbeitsgemeinschaften nicht erleben zu können, da sie als Arbeitnehmervertreter oftmals nur geübt würden, in der Hauptpflicht aber die Mitarbeiter informatorischen Charakter trage.

Naturnotwendig kann ja auch für die Arbeiterklasse aus den Verammlungen dieser Arbeitsgemeinschaften kein wesentlicher Erfolg hervorgehen. Zwei Klassen haben sich in diesen Körperlichkeiten gegenüber, deren Interessen diametral sind. Das sticht berechtigte Streben der Arbeiterklasse ist, Anteil zu haben an einer geregelten Nahrung der von ihr geschaffenen Werte. Die Durchführung dieser Forderung schließt aber in sich die Ausschaltung aller derjenigen Nahrung, die auf Kosten der Arbeiterklasse ohne jede Gegenleistung ihr Leben auf nicht unangenehme Weise triffen. Die beherrschende Klasse ist ja gar nicht geneigt, freiwillig auf nur das geringste Zugeständnis Ideeller oder materieller Art an die Arbeiterklasse zu machen, denn nach ihrer Auffassung ist jedes Zugeständnis eine Entfremdung von deren Machtposition und demzufolge eine Gefahr für das Weiterbestehen der Vorrechte, für deren Erhaltung die beherrschende Klasse alle Mittel einsetzt. Alle Versuche, die Gegensätze zwischen den beiden Klassen in gemeinschaftlicher Arbeit zu überbrücken, sind im voraus zur Unmöglichkeit für die Arbeiterklasse verurteilt, sind Selbsttäuschungen, die zum Schaden für die Arbeiterklasse ausgehen müssen. Besonders deshalb, weil in der Arbeiterklasse das Bewußt als Klasse gemindert wird; sie muß ja durch die Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaft zu der Auflassung gelangen, daß eine gütliche Überbrückung der Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit möglich ist — eine geistliche Überwindung der Kapitalmacht mittels Arbeitsgemeinschaften gegeben ist — und durch Reformen ein organisches Hineinwachsen in die sozialistische Produktionswirtschaft.

Vieler Tragfähigkeit, der durch die Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaften genährt wird und selber von einem Teil Führer, ob bewußt oder unbewußt sei dahingestellt, in der Arbeiterklasse verbreitet wird, ist die Grundursache der lebenden Reife eines Teiles des Proletariats. Die mangelnde Reife liegt im besonderen in dem geringen Klassenbewußtsein, dem Mangel an Zusammengebrigkeitgefühl zwischen Hand- und Kopfarbeiter, aber keinesfalls in der Anreize der Arbeiterklasse zur Rettung der Produktionsstätten, wie es manche Kreise belibien hinzustellen. Denn wer ist zum überwiegendsten Teil Vetter der Produktionsstätten — der Vetter der Kapitalisten oder der Lohn- bzw. Gehaltsempfänger?

Betrachten wir die Schuldfrage der mangelnden Reife der Arbeiterklasse, dann müssen wir eingestehen, daß der geringste Teil Schuld der Arbeiterklasse zufällt, aber einen nicht geringen Teil Schuld die bisherigen Erziehungsmethoden der Gewerkschaften tragen, die eben aus der Arbeitsgemeinschaftslehre heraus erwachsen. Ganz gleichmäßig muß die Tätigkeit einer Arbeitsgemeinschaft darauf eingestrichelt sein, beiden Interessengruppen dienen zu wollen. Und diese Tätigkeit in den Arbeitsgemeinschaften im Vereine mit der daraus resultierenden Erziehungsmethode zeitigt als nicht zu umgehende Folgeerscheinung, daß mit Hilfe der Arbeiterklasse bzw. ihrer Führer die Machtposition des wirtschaftlich Stärkeren noch mehr gefestigt und gestärkt wird und damit der jeztige Zustand der Ungleichheiten, wie sie die Privatwirtschaft anweist, unendlich verlängert wird.

Genau so wie beim Gewerkschaftsbund die Verbeibaltung der Arbeitsgemeinschaften zu beurteilen ist, ist es auch in der einzelnen Berufsgruppe als eine Schädigung für die Arbeiterklasse zu betrachten. Es kann doch nicht in Abrede gestellt werden, daß die Vereinigung in manchen Berufsgruppen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwecks Förderung gemeinsamer Interessen neben nicht unbeachtlichen Vorteilen — die aber, nebenbei bemerkt, auf dem geraden Wege des Lohnvertrages jedenfalls auch zu verzeichnen wären — den großen Nachteil hervorgerufen hat, der heute als Anreize des Proletariats bezeichnet wird. Der Erziehung zum Klassenbewußtsein kann ja bei diesen Verträgen gar nicht die notwendige Beachtung geschenkt werden, weil die tarifvertraglichen und die statutarischen Bestimmungen, aus die Arbeitsgemeinschaften geschliffen sind. Wohl ist in dem gesteckten Rahmen in bestimmten Zeitabschnitten eine materielle Verbesserung der Lohnhöhe für die Berufsausübenden ermöglicht, die Voraussetzung der Bewilligung aber dazu ist, daß den Unternehmern eine — ihnen — genügende Erhöhung ihrer Einnahmequelle zugetanden wird durch die gleiche Inflation, die die Lohnerbhöhung beschließt. Dadurch, daß die den Unternehmern zugestimmte Erhöhung wesentlich über die höheren Produktionskosten hinausgeht, ist ein Grund mehr gegeben, daß die bewilligte Lohnerbhöhung relativ gar nicht in Erscheinung treten kann.

Einer Berufsgruppe, die einer Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern angehört, ist es aber ganz unmöglich, über die vertraglichen Bestimmungen hinaus die Idee der Befreiung des bestehenden Zustandes, der kapitalistischen Produktionsweise, propagieren zu wollen, und damit die Erziehung der Arbeiterklasse einstecken zu wollen auf dem Kampf um ihre sticht gerechten Forderungen, denn der Kontrakt bewacht eiferrichtig, daß kein Verstoß nach dieser Richtung hin vorkommt, und wenn nur der Anzeichen des Verstoßes erwidert wird, folgt auf dem Fuße die Klage.

Demgegenüber steht aber das, was die Gegenseite ganz offen propagiert. Sie fordert Abbau der Mäns, obwohl heute noch der Reallohn den Angehörigen in den meisten Berufen nur die Erhaltung des nackten Lebens gestattet. Abbau der wenigen, noch viel zu geringen Zugeständnisse, die uns die Revolution in den Schob warf (Befreiung des Achtstundentags, der Ertrungenschaft, die

der Arbeiterklasse den geistigen Aufstieg ermöglicht; alle diese Forderungen werden ganz offen propagiert, trotz Arbeitersgemeinschaft. Eins steht fest, wenn es der bestehenden Klasse auf eine Förderung und Geltendmachung unserer Volkswirtschaft ankäme, den Aufbau im Allgemeininteresse zu fördern, dann müßten schon längst andre Wege eingeschlagen sein.

Im Hinblick auf den beschränkten Raum des „Storr.“ will ich unterlassen, an Hand von Einzelbeispielen die Unfruchtbarkeit der Arbeitersgemeinschaften näher darzulegen. Die Nachkriegszeit hat genügend Beweise dafür geliefert, sowohl in der Zentralarbeitsgemeinschaft als auch in einzelnen Berufsverbänden, und nicht zuletzt in unserer Organisation hat sich wiederholt gezeigt, daß trotz sorgfältiger Betonung gemeinsamer Interessen die andre Seite des Verständnisses des Lebensnotwendigsten für die Wohlstandsmasse vernünftiger läßt.

Zusammenfassend will ich nochmals hervorheben, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur geschaffen werden kann, wenn die reformistische Tendenz, die in der Arbeitersgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit ihren Ausdruck findet, verlassen wird. Die immer weiter eindringende Erkenntnis, daß eine gemeinschaftliche Interessenvertretung, eine schiedsrichterliche Überbrückung der Klassengegnnisse, eine Utopie ist, ist zum großen Teil die Ursache der Richtungsstreblichkeiten in den Gewerkschaften. Eine bewusste Einstellung der Gewerkschaften, und im besonderen des Gewerkschaftsbundes, auf den Kampf um die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ist notwendig. Die Reize des Proletariats, das Erkennen des Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse wird die natürliche Folge einer solchen Einstellung sein. Die Vorbedingung dieser Umstellung ist und bleibt aber die Wehr der Arbeitersgemeinschaftsidee.

Der Einheits der Arbeiterklasse und der Schulung des Proletariats zur Erfüllung ihrer idealen Aufgaben würde durch die Abgabe an die Arbeitersgemeinschaften ein großer Dienst geleistet. Die Lösung der Zukunft sei deshalb: Fort mit den Arbeitersgemeinschaften, denn sie sind ein Hemmnis auf dem Wege zur Befreiung des Proletariats aus kapitalistischer Misslenberückung!

Veipala. M. Güra.

Arbeitsgemeinschaft

Die Parteien des deutschen Reichstags haben unsere Unterwerfung unter den Willen unserer Feinde bejährt — das gesamte Volk aber, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, trägt die Lasten.

Der aufmerksamste Beobachter der inneren politischen Kämpfe wird feststellen können, daß es sich bei diesem Für und Wider im Reichstage leider weniger um die Befreiung des in diesem Haus angelegenen Satzes: „Das Vaterland, dann die Partei“, handelt, sondern: Wie bringe ich als Parteimitglied meine Handlungen im Einklang mit meinem Parteiprogramm in Einklang?

Jede Partei ist die Vertreterin einer Klasse der Bevölkerung — eine Zusammenfassung von Ich-Menschen, die Verbindung von Egoisten zur Durchdringung eines Willens, der andern entgegensteht. Die Verbindung zu einer Partei geschieht zum Zwecke der Unterdrückung Andersdenkender; sie geschieht zur Erreichung der Macht, „den andern“ den Parteilinken aufzuzwingen. Das ist die Parteidiktatur!

Begründet ist dieser Egoismus im Selbsterhaltungstrieb jedes Wesens und beim Menschen im Willen, die Spanne Zeit seines Daseins, dieses nach Möglichkeit gut zu verbringen. Darum ist auch die Rede: „Es wird immer Arme und Reiche geben“, verheißt und nur ein Ausdruck eben dieses Egoismus. Richtiger ist schon: Solange die Menschheit nicht wirtschaftlich ohne Sorge ums Dasein sein wird, ist auch der egoistische Trieb dasjenige Element, das Weltenordnungen erzeugt, wodurch immer Bevorrechtete, hervorgerufen durch ihre Intelligenz, eine gewisse Machtstellung innerhalb einer menschlichen Gesellschaft einnehmen werden. Daher ist auch jede Regierung mehr oder weniger der Ausdruck der Macht einer Klasse über die andern, möge sie nun konservativ oder sozialistisch sein, Monarchie oder Räterepublik heißen.

Wagt das Volk in seiner Wirtschaft, so bedingt dies einen geschlossenen, einheitslichen Willen des gesamten Volkes, ohne Anlehnung der Partei oder Religionsgemeinschaft, die Volkswirtschaft zu bebauen, oder, ist sie völlig zusammengebrochen, sie wieder mit allen menschenmöglichen Mitteln aufzurichten. Zu dieser Tätigkeit müssen alle Volksgenossen herangezogen, nicht aber abgelenkt werden. Daher handelt derjenige nicht im allgemeinen Volksinteresse, der, den hundertjährigen Schwund von Überbevölkerung nachplappernd, jede Auswanderung von Volksgenossen unterläßt. Eine vernünftige Wohnungspolitik eines Kulturvolkes, das einem wirtschaftlichen Völkerverleben zutreibt, dabei sich aber keineswegs zu bücken braucht, wenn ein oder mehrere gerissene Gauner auf dem Gebiete der sogenannten Welt-politik, die nichts andres als die schon geschilderten Ich-Menschen in der ausgeprägtesten Form sind, und nicht zuletzt ein Schwertbedenken und der Wille zu gemeinsamer Arbeit befehligen jedes Hindernis im Vordringen unseres Volkes.

Nicht der größte Parteilinken ist ein echter Volkstreu, sondern derjenige, der, ohne die Prinzipien seiner Partei zu verletzen, sich vom allgemeinen Gebiete der Parteien löst und sich dem gesamten Volkstörper mit seinem ganzen Wesen opfert.

Welches sind denn die von vielen Parteiführern, links wie rechts, als unüberbrückbar hingestellten Gegensätze? Sie sollen im Mißverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer liegen! Erstere überverteilt den letzteren, behauptet der eine Teil, währenddem die Unternehmer

über Bedrückungen der großen Masse dem kleineren Antheil der Arbeiter gegenüber klagen.

Die Revolution und die nachfolgende Zeit brachte Gelebe, die ohne Zweifel im Wirtschaftsleben Deutschlands eine große Umwälzung hervorriefen. Dabei muß jeder anerkennen, daß es keine leichte Sache für den deutschen Unternehmer bedeutete, mit einem Schlage dem gesamten Wirtschaftsbetrieb für Deutschland umzustellen, wobei dieses von Wandern umgeben ist, die fast alle Reformer ablehnen, wenn nicht gar bekämpfen. Alles Schlimmste auf den Privatkapitalismus kam die Tatsache nicht hinwegzureden, daß doch in erster Linie der wirtschaftliche Fortschritt, neben der Intelligenz der Arbeit, auf die Initiative des Privatkapitals zurückzuführen ist. Würden die Kreise, die die Mittel zur Durchführung einer Sache besitzen, diese Mittel zur Verwirklichung und Durchführung einer Idee nicht hergeben, so wäre so manches, wenn nicht gar alles, ein schöner Traum gewesen. Die Forderung nach dem „Recht auf Arbeit“ kann keine Verwirklichung finden, wenn keine Arbeit vorhanden ist! Damit soll keineswegs einem ewigen Befand des Privatkapitalismus das Wort geredet werden. Aber ein großer Volksbetrug ist es, der da in den Forderungen einer selbst von ihren Befürwortern nicht verstandenen Räteherrschaft, einer Abschaffung des „Privatkapitals“ und einer „Vollsozialisierung“, d. h. einer sofort allseitig durchzuführenden, besteht. Es sind das nur Forderungen zur Befähigung der Masse, der man immerfort Tag für Tag die schöne Sache vortrug, der man aber letztlich, als die Freiheit des Handels kam, erklären mußte: Dazu sind die Menschen noch nicht reif! Und mit Recht. Bedeutet doch die Erfüllung dieser Forderungen jetzt nichts andres als nur ein Wechsel in den Personen, die eine bevorrechtete Stellung einnehmen.

Den vielen Enttäuschungen, die das deutsche Volk in diesem Freiheitsbegriff erlitten, soll nur eins angefügt werden. Früher sprach man gern in den unteren Volksschichten von den „oberen Schulaulen“. Nehmen wir nun an, daß alle, die die „Sozialisierung“ fordern, doch den größten Teil der Bevölkerung darstellen, und die Durchführung einer Idee innerhalb eines Staates nur möglich ist, wenn die Wollenden sich zusammenstellen und auf Grund der Selbsthilfe, ohne Ausübung der Diktatur Andersdenkenden gegenüber, ihre Sache zu verwirklichen suchen, so wäre ohne Zweifel von diesem Volksteil (und zwar dem Wehrer nach dem größten) der Beweis der Durchführung erbracht. Das könnte geschehen, ohne den andern Teil auch nur im geringsten zu belästigen. Im Gegenteil, die voraussetzliche Minderheit würde dann der Mehrheit freiwillig zustimmen.

Ein Beispiel für die Reife des Volkes finden wir im Vorhandensein des Genossenschaftswesens. Dasselbe ist ja als Vorläufer der Sozialisierung zu betrachten. Warum wird es aber nicht konsequent durchgeführt von denen, die die Staatsumwälzung konsequent fordern? Gemäß hat der Gedanke der Genossenschaft große Fortschritte gemacht, fast man aber das hierüber anzutreffende Ergebnis, daß nicht 1918 auf der politischen Körper ausgesprochen, im Wirtschaftskörper wesentlich gefördert und logischerweise verläßt, die in den Genossenschaften organisierten Volksgenossen der Sozialisierungsfrage näherzubringen? Hat sich nicht in diesen Kreisen bis zu einem gewissen Grade derselbe Privatkapitalismus eingestellt, der sonst so arg bekämpft wird? Wenn auf den Milliardenkönig einnes geschimpft wird, der ja auch nur der Vertreter seiner Privatkapitalisten ist — warum schließen sich die vielen Arbeitnehmerorganisationen nicht ebenfalls zusammen, vereinigen ihr „Privatkapital“ zu einem einzigen Kapital, gegen das das Milliardenvermögen eines Sinesse ohne Zweifel im Laufe der Jahre verschwinden müßte? Trifft hier nicht der Ich-Menschen-Charakter der einzelnen Arbeiterverbände grell in die Erscheinung? Ist es denn nicht möglich, dem eigentlichen Volke die Klust zwischen Theorie und Praxis der Parteipolitik vor Augen zu führen? Ist es denn wirklich so schwer, denjenigen, die da glauben, durch Zulass von immer mehr Wählern zu ihrer alleinstimmig machenden Partei unter Volk und die Welt überhaupt retten zu können, klarzumachen, ihre gesamten Kräfte müßten sie der Erzielung des Volkes zu Volksgenossen widmen und damit edelndeckende Menschen ergeben? Glauben die Parteiführer ernstlich, daß nur die Durchführung ihres Programms uns rettet? Oder sind es andre Motive? — — —

„Das Vaterland, dann die Partei!“ Solares ist richtig ist, daß nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa und darüber hinaus die gesamte Kulturwelt durch ein einheitsliches Arbeiten vom Untergang gerettet werden kann, darf es auch nur eine Parole geben: Allgemeiner Arbeitswille in einer Arbeitsgemeinschaft!

Bereits vor dem Zusammenbruch im Jahre 1918 wurde von Unternehmernverbänden und den deutschen Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Wurde diese schon zu Anfang von einem Teile der Unternehmer nicht beachtet, so brachte die Revolution bei derjenigen Arbeiterklasse, die der sofortigen Sozialisierung zutreibt, völlige Ablehnung, ja Behauptung der Arbeitsgemeinschaft. Diese bedauerliche Erscheinung ist nur auf völlige Unkenntnis der Verhältnisse einer Volksgemeinschaft zurückzuführen. Schuld daran ist das Festhalten der Arbeiterschaft am Klassenkampfe. Siecht man ein, daß eine Sozialisierung sich nicht bestimmen läßt, diese sich vielmehr organisch entwickeln muß, wobei selbstverständlich der Staat zur Förderung mit beitragen kann, so verpflichtet diese Einsicht Arbeiterklasse wie Arbeitgeber zur gemeinsamen Arbeit; diese stellt mindestens den Klassenkampf nicht in den Vordergrund. Der echte Kulturmenschen wird stets auf dem Verhandlungswege verfahren, mit seinem Mitmenschen einig zu werden. Gerade die Anhänger und eifrigen Vertreter des wirtschaftlichen Klassenkampfes erleben ja

gegenüber den politischen Vertretern eines Volkes die Forderung: Verhandlungen weg vor jeder Kriegsgesahr! Warum also nicht auf wirtschaftlichem Gebiete unsere Volksgenossen gegenüber? Ist nicht jeder Streit wie jeder Krieg eine zweifelhafte Waise?

Arbeiten und immer wieder arbeiten wollen wir, so heißt es ab 1918 unablässig. Dazu gehört aber ein Arbeitslohn. Und da nur gemeinsame Arbeit lohnbringend sein kann, so soll das Arbeitslohnssystem die Arbeitsgemeinschaft sein. Dem Erkenntnis dies bedenklich oder gar hinderlich? Sind bisher teilweise die Parteipolitikorganisationen ein Hindernis zur Einigkeit gewesen — die Parteien, die auch fernher ihre politische Tätigkeit ausüben mögen —, so muß für die Arbeitersgemeinschaft gelten: Los von den Parteien! Leider sind viele gute Köpfe von der Parteipolitik darauf in Anspruch genommen, daß ihnen zur Mitarbeit an rein wirtschaftlichen Fragen die Zeit fehlt, wenn nicht gar alle Zeit. Zu allem Uebrigem weiß man zwischen Wirtschaft und Politik keine Grenze zu ziehen, und so kommt es, daß man glaubt, der Wirtschaft zu dienen, indem man sich der Politik widmet, die aber wieder nur als Parteipolitik ausgeht. Selten findet man daher Personen, die, würden sie vom Volk unterstellt, unserer Wirtschaft große Dienste leisten könnten. Das Parteilwesen in Deutschland läßt es jedoch nicht zu, den Parteien neutral gegenüberstehende Persönlichkeiten aufkommen zu lassen. Und die große Masse, durch ihre Parteizugehörungen auf die sogenannte hohe Politik eingestellt, weiß von nichts anderem, als das Heil in der Weidigung der Partei zu finden und die „Politik“ zu fördern, von der sie glaubt, etwas zu verstehen.

Diesen Zustand zu ändern, die Erkenntnis der Zweckmäßigkeit höherer Weidigung auf wirtschaftlichem Gebiete und die Zusammenziehung des Volkstörpers zu einem einheitslichen Willen, wären wert, von Tausenden von Zungen täglich hinausgetragen zu werden in alle Gänge Deutschlands. Hier ist vielen Gebildeten Anlaß gegeben, meinen sie es mit dem Volke aus, Jünger eines neuen Deutschland zu werden. Nicht aufgedaut auf „der Parteien Sab und Reid“, sondern auf der Weis zur Kultur im allgemeinen, dem Drange zur Ordnung, dem Verlangen nach Verständnis seiner Mitmenschen. Was nützt denn das Predigen nach Völkerverbrüderung und Soufflage, wenn ich mich mit meinem Nächsten, mit meinem Mitleidenden nicht verstehe? Ist da jeder überauswengliche Ertrag nicht Braut? „Willst du, Mensch, daß es mir dir besser werden soll, so lange bei dir selbst an!“

Wer hindert aber die Genossinnen, sich zu vereinigen und für ihre Sache zu werden? Wohl werden sich, wie bei jeder neuen Sache, auch hier Andersgeleitete dagegen äußern; ja mehr: dagegen eifern und kämpfen. Ist aber diese Handlung etwas andres als die Angst um die Existenz, die aufgebaut ist auf vermeintlichen Wahrheiten, die durch gedachten Zusammenstoß gefährdet werden könnten? Es kann nur, es muß, geben: Entweder ist die im Tiefstand unserer Volkswirtschaft — persönlich interessiert und bekämpfte — unterleben jetzt der Versuch seiner, Erhebung aus diesem Tiefstand, oder ich greife selbstlos mit zu und beste ein Vordrücken fördern! Letzteres kommt einem im Interesse des gesamten Volkes gelegenen Zustand unbedingt näher als einem Neunen nach einem noch unklaren Ziele.

Auf jeden Fall müssen alle diejenigen, die etwas wollen, den Mut endlich aufbringen, um zu sagen: Hier, das wollen wir; wer da mitun will, komme her! Dadurch wird gleichzeitig alte Bahnen geschaffen. Die Anhänger eines Räteystems haben sich offen und ehrlich zu ihrer Sache bekannt, warum organisieren sich nicht die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft? Zur Offenheit führt zur Klarheit! Darum, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, wer da auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft steht, sollte für Organisation derselben offen eintreten und dieselbe schnellstens aufbauen.

Es soll hier nicht in Utopisterei gemacht werden, doch soviel sei ausgesprochen: eine uralte Einigung Deutschlands auf Grund der Arbeitsgemeinschaft käme dem größten Siege gleich, den je ein Volk über andre Völker erringen könnte! Getroff können dann die verrückt gewordenen Sieger des Weltkriegs ihr Siegesgeschrei ertönen lassen; nur zu bald würde es in Wutgeheul und Reid umschlagen. Mit Hohngelächter würden wir die „Veränderten des Militarismus“ schwebend unter ihrer Militärkraft und brütend über neuen „Sanktionen“ sich abmühen sehen, während wir in freier Arbeit abwarten, bis das jämmerliche Erleben dieser „Kulturbringer“ zusammenbricht. Die Zeit wird dann nicht allzu fern sein, da man uns braucht. Wer natürlich aus irgendwelchen Gründen an eine jahrzehntelange Knechtschaft Deutschlands glaubt, sich als selbst verläßt, der ist vielleicht nie ein wirklich freier Mann gewesen, hat sich als solcher nie gefühlt. Die Ausgeburt der Fülle von Verfalltes bricht zusammen, ohne daß wir selbst mit Feuer und Schwert die schwarze Pest aus Deutschland hinauswerfen. Dieses Werk soll an unserer eifrigsten Ruhe, an der Verachtung dieses „Kulturwerkes“ und seiner Vertreter und nicht zuletzt an dem zugrunde geben, das unsere organisierte Arbeit verwirklichen soll: Arbeitsgemeinschaft!

Von meinen Ferien zurück, erhalte ich den „Storr.“ Nr. 54. Zu den beiden darin enthaltenen Artikeln kurz einige Worte. Kollege Sieger! Das Werk in Grobdruck ist gelungen, es stehen dort über 22 Häuser. Den Vorschlag mit Zahlung von 1 Mk. pro Woche habe ich im Vorjahr im „Storr.“ gebracht, dann an den Klärtens-ausschuß der Gewerkschaften geschickt. Antwort: Sache sehr gut, Mitglieder noch nicht reif! Durch was denn eigentlich die Mitglieder für eine als gut behundene Sache aufmerksam gemacht werden sollen, ist mir unerfindlich. Es sei mir die Bemerkung gestattet, daß der „Storr.“ das einzige Gewerkschaftsblatt ist, das Artikel bringt, die manch-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einsendungen 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzubringen.

Beilage zu Nr. 59 — Leipzig, den 26. Mai 1921

Redaktionsklub: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur letzten nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

In längeren Ausführungen über die letzte Gewerkschaftskonferenz sowie über die Streiksituation. In der folgenden Aussprache folgte scharfe Kritik an über das letzte Tarifabkommen. Kollege Kühn wies besonders auf den Widerspruch der Reichsregierung hin, die in ihrem lamolen Schiedsspruch für uns Buchdrucker keine wesentlichen gesteigerten Feuerungsverhältnisse anerkennt, ihren Beamten aber die höchsten Feuerungsverhältnisse gewährt. Hierfür hätten die Gewerkschaften in den Verhandlungen mit aller Schärfe weissen müssen. Es folgte noch die Erledigung einer Menge von Anfragen sowie verschiedener interner Angelegenheiten. — Abends fanden sich die Passauer sowie auswärtige Kollegen zu einer kleinen Familienunterhaltung zusammen. Sie wurde verklärt durch das Mitwirken des Langenweilers „Typograph“ und durch gut zu Gehör gebrachte Baritonstimme eines Kollegen. Dem leider von uns scheidenden Kollegen Kühn gab Vorsitzender Mayer die besten Glückwünsche mit auf den Weg, ihn des treuen Gedankens der Mitgliedschaft Passau verlebend.

S.-G. Plauen i. V. (Bezirksversammlung vom 24. April.) In der Vorkonferenz des Bezirksverbandes mit den Ortsvereinsvorständen erörterte man sehr eingehend Tarifliches und die allgemeine Lage im Bezirke. Die Berichte aus den Bezirken waren nicht ungünstig zu nennen; bis auf einige geringe Abweichungen herrschen gute tarifliche Verhältnisse. Der Regelung des Bezugsverhältnisses ist in allen Orten besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, und in Zukunft wird auch noch in Orten mit Fach- und Gewerkschulen eine bessere Regelung des Bezugs genannter Anstalten erstrebt werden. Der Schiedsgerichtsvorstand erstattete Bericht über die beiden Arbeitsmittlungen und gab hierbei die neuen Lokalaufschläge für unsere Bezirke bekannt. — Nachmittags 2^{1/2} Uhr eröffnete Vorsitzender Meißner die Bezirksversammlung mit begründenden Worten an die erschienenen Kollegen; über 200 waren es aus den Druckorten Plauen, Reichenbach, Milsau, Neuhäusern, Greiz, Olmsitz, Treuen, Markneukirchen, Klingenthal, Auerbach und Falkenstein. Der bisherige Bezirksvorstand wurde einstimmig wiedergewählt, und als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Plauen bestimmt. Einiges allen, bewährten Verbandskollegen, Eggenland (Olmsitz), gedachte der Vorsitzende in ehrenhaften Worten; über 40 Jahre „gebürtig“ zum Verband an, und noch immer nimmt er regsten Anteil am Verbandsgeschehen, der Gesangsverein „Waldenberg“ intonierte ein Begrüßungslied, und dann erhielt unser Verbandsvorstand der Selbst das Wort zu seinem Vortrage: „Gewerkschaftliche und wirtschaftliche Tagesfragen“. In gutverständlicher Weise behandelte er den Stoff und gab den aumerklich folgenden Kollegen Ausschüsse und Erklärungen über die Vorgänge auf den wichtigsten Gebieten in den letzten Jahren. Reicher Beifall wurde spendend. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Mischke (Greiz), Geipel (Plauen), Esser (Auerbach), Meißner und Rühler (Plauen). In seinem Schlusswort beantwortete Kollege Seib die an ihn ergangenen Anfragen der Redner, und anschließend machte er die Bezirksversammlung zur Eingetragten, denn nur durch diese ist der erfolgreiche Weiterarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete gewährleistet. Schiedsgerichtsvorstand des Bezugs erbat sich noch Bericht über die Tätigkeit des Plauener Schiedsgerichts im Jahre 1921.

□ □ □ Rundschrift □ □ □

Schlußprüfungen. Zur letzten Frühjahrsprüfung in Berlin lagen 286 Meldungen vor. Es erhielten von 166 Sechern 19 die Note „Gut“, 60 „Ziemlich gut“, 78 „Genügend“, 7 „Kaum genügend“, von 104 Druckern 14 „Gut“, 37 „Ziemlich gut“, 43 „Genügend“, 8 „Kaum genügend“, von 15 Elektroschreibern 2 „Gut“, 6 „Ziemlich gut“, 7 „Genügend“, 1 Elektroschreiber „Ziemlich gut“, 2 Seher und 2 Drucker bestanden die Prüfung nicht, sie haben sich nach einem halben Jahre wieder einer Prüfung zu unterziehen.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer in Mannheim hat Kollege Walter Benischel mit „Gut“ bestanden, in Regensburg Kollege Richard Meyer aus Landesbut i. Schl.; in Ulm legten die Kollegen Albert Schilling aus Ebingen a. d. D., Karl Schütz aus Wiberach a. Rh., Karl Jäger aus Untertreier, Friedrich Habbe aus Ulm mit gutem Erfolge die Prüfung ab.

Wünsche in Leipzig. In Leipzig erschienen nur acht Tageszeitungen, darunter drei Arbeiterblätter. Von den fünf bürgerlichen Zeitungen sind nun innerhalb weniger Wochen drei in den Verlag von Wilschke & Co. in Berlin übergegangen: die „Leipziger Allgemeine Zeitung“, die „Leipziger Zeitung“ und das „Leipziger Tageblatt“. Dieses soll allerdings nur provisorisch auf zehn Jahre an die Firma Wilschke übergegangen sein, der bisherige Verlag fungiert nominell weiter. Es handelt sich dabei mehr um eine Formsache, die Grundstücke dieser drei Blätter sind schon in Besitz von Wilschke übergegangen. Die noch be-

stehenden zwei Tageszeitungen „Leipziger Neueste Nachrichten“ und „Leipziger Abendpost“ erscheinen im Verlage von Edgar Herlitz & Co. Die Leipziger Tagespresse ist also in welchem Maße uniformiert, was ihr nicht zum Vorteil gereicht.

Stinnes in Leipzig. Der Stinnes-Konzern hat in Leipzig nun auch die alte Schriftgießerei C. Koberg erworben.

Inwahrer Behauptungen des Verbandes Deutscher Druckpapierfabrikanten. In einem Schreiben des Verbandes Deutscher Druckpapierfabrikanten an den Reichsdagspräsidenten, an die Fraktionsvorsitzenden usw. anlässlich der Reichstag am 11. Mai stattgefundenen Aussprache über die Preislenkung des Druckpapiers wird behauptet, es sei nicht richtig, daß das Papierholz seit 1914 nur um 750 Proz., während der Preis für Druckpapier um 1700 Proz. gestiegen sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß nach einer ganzen Reihe von allernäherliegenden Angaben über Papierholzapreise aus bayerischen und preussischen Forsten in der „Papierzeitung“, also im Fachblatt für Papierfabrikation (in den Jahren 1914 bis Ende März 1921), der Durchschnittspreis für das Raummeter Papierholz im Jahre 1914 höchstens 20 Mk. (einschließlich Abluhrgeld) von der Lagerstelle betrug, während der teuerste Preis des Papierholzes Mitte 1920 250 Mk. (ebenfalls einschließlich Abluhrgeld) war. Die Zeitungspapierpreise für je 100 kg an den beiden Terminen waren 20 Mk. zu 410 Mk. Die Steigerung der Holzpreise war demnach Mitte 1920 rund 1250 Proz., während die Papierpreise eine solche um 1950 Proz. ausmachten. Und Ende März d. J. betrug der Holzpreis 170 Mk. (einschließlich Abluhrgeld), der Papierpreis dagegen 300 Mk.; gegen den Friedenspreis betrug demnach die Steigerung des Holzpreises 750 Proz., während der Papierpreis zu gleicher Zeit um 1750 Proz. höher war als im Frieden. Nach eigenen Angaben der „Papierzeitung“ steht also fest, daß die Papierpreise stets um einliche Hundert Prozent höher gestellt wurden, als die Steigerung des Holzpreises dies bedingt hätte. Gleichzeitig steht aber auch fest, daß es den Papierfabrikanten gar nicht eingefallen ist, die Papierpreise im Vergleich zu den sinkenden Holzpreisen zu ermäßigen. Sie konnten also ihre teuren Holzlager durch die Wucherpreise für Papier schon längst abschreiben und konnten daher mit 750 Proz. Steigerung des Papierpreises statt mit einem Sinken um 1500 bis 1700 Proz. immer noch relativ günstig abschneiden. Wenn die Herren des Verbandes Deutscher Druckpapierfabrikanten sich dann aber noch darauf berufen wollen, im Jahre 1920 habe ein Vertreter des bayerischen Forstinspektors selbst zugegeben, daß der bayerische Staat damals noch 300 Mk. für das Raummeter Holz erhalten hätte, so wäre es keine Mühe gewesen, gleichfalls anzugeben, daß damals der Papierpreis 410 Mk. betrug, also immer noch einliche 100 Proz. mehr als der Holzpreis, der außerdem in den regelmäßigen Preisnotierungen der „Papierzeitung“ im Jahre 1920 in dieser Höhe (300 Mk.) überhaupt nicht zu finden ist. Wir stellen daher fest, daß die Behauptungen des Verbandes Deutscher Druckpapierfabrikanten mit den tatsächlichen Verhältnissen zwischen Papier- und Holzpreisveränderung nicht in Einklang zu bringen sind.

Die „falten“ deutschen Papierfabrikanten. Die Berliner Vertretung der Sowjetregierung beabsichtigt in Deutschland für 80 Mill. Mk. Zeitungen- und Druckpapier einzukaufen. Das Syndikat Deutscher Papierfabrikanten stellte jedoch so unmaßig hohe Preise auf, daß sich die Sowjetvertretung entschloß, ihre Aufträge an andere Länder zu vergeben. Die deutschen Papierfabrikanten haben bekanntlich gar nicht nötig, solche Ausrüstungen anzunehmen; sie verdienen infolge der hohen Papierpreise für deutsche Besteller mehr als genug und können daher sogar die Stilllegung einzelner Papierfabriken ins Auge fassen, damit das Angebot auf dem Inlandmarkt möglichst niedrig bleibt. Wenn heutzutage gilt für den privathandeltlichen Unternehmerrgeist das sogenannte Co-Cannoy-Erkenntnis, wonach bei geringster Leistung der höchste Profit erzielt wird, als Triumph höchster Unternehmerrgeistlichkeit.

Vertrauensbruch eines Buchdruckerbekkers? Eine in Nr. 56 des „Norr.“ unter diesem Stichwort erschienene Notiz veranlaßt den Betriebsrat der genannten Firma zu folgender Erklärung: „Die Behauptung, die Angestellten hätten als Bezahlung Lebensmittelskarten erhalten, ist falsch. Auch die Behauptung, Gewerkschaften seien durch gezielte Überstunden vorläufig gelähmt worden, ist falsch. Falsch ist selbstverständlich auch, daß eine Überstundenbezahlung durch Lebensmittelskarten stattgefunden hat. Es sind lediglich Gewerkschaften eingeleitet worden, sobald es die Raumfrage im Betriebe anließ. Da Herr Sant bisher stets seinem Personal gegenüber ein wohlgebendes soziales Verständnis zeigte, sprechen wir die Notiz als eine tendenziöse, übertriebene Verherrlichung an, die weder den Tatsachen entspricht, noch den Verhandlungsgang vor dem Gericht in einwandfreier Weise wiedergibt.“ — Die Mitteilung in Nr. 56 haben wir dem „Samburger Echo“ entnommen. Von einer „vorläufigen“ Sanktion Gewerkschaftler wird darin nicht gesprochen; das Logo der Betriebsrat in vorstehende Verlautbarung selbst hinein. Auch die Tatsache der Beurteilung kann er nicht bestreiten. Wir gestalten

uns daher hinter diese ganze Verlautbarung ein vieldeutiges Fragezeichen zu setzen.

Offene Stellen für betätigte Gewerkschafter. Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Angelufer 15, IV) wird ein Gewerkschaftssekretär, der auch die Betriebsräteorganisationsarbeit leisten darf, für Bitterfeld gesucht. Bewerbungen sind an die genannte Zentrale zur Weiterbeförderung zu senden.

Jur. Erhöhung der Fahrpreise für den Vorortverkehr. Im preussischen Landtage hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu eruchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß das Reichsverkehrsministerium umgebend eine Nachprüfung der beabsichtigten Fahrpreiserhöhungen für den Vorortverkehr bei den Berliner Vorortbahnen vornimmt. Wenn in allen deutschen Landesparlamenten in gleicher Weise versucht würde, die auf dem Gebiete des großstädtischen Vorortverkehrs geradezu unsoziale Preispolitik des Reichsverkehrsministeriums zu bekämpfen, so würde ein Erfolg sicher nicht ausbleiben.

Gestorben

In Dresden am 12. Januar der Seher Kurt Feld von dort 30 Jahre alt, am 5. Februar der Seher Emil Michael aus Reichenau i. S., 21 Jahre alt, am 13. Februar der Seherin Marie Martin Bachle aus Greiz, 45 Jahre alt, am 21. Februar der Seher Johannes Seifert aus Riesa, 25 Jahre alt, am 24. Februar der Seher Max Hoppe aus Pöhlitz, 66 Jahre alt; am demselben Tage der Seher Rudolf F. Romberg aus Wurzen, 23 Jahre alt; am 31. März der Seher Hermann Franz aus Neudorf i. Oberst., 50 Jahre alt. In Wilmann am 21. April der Maschinenseher Wilhelm Wilkesmann von dort, 25 Jahre alt. In Weidberg i. Schl. am 29. April der Seher Emil Anders aus Weidberg, 20 Jahre alt.

Briefkasten

H. S. in C. Dem Herrn wollen wir noch einen kleinen Denksteil verabschieden. — G. M. in C. Der gute Erfolg ist die Hauptsache, das andre wird in Kauf genommen und auf Beförderung zunehmende Aufmerksamkeit gewährt. — A. in M. Sindel Aufnahme, um die Verhältnisse in einem kleinen Ort zu illustrieren. Die Lokalverhältnisse gelten jedoch bis Ende 1922. Warum denn aber mit Ziel und Doppelzählung geschrieben? — G. B. i. 7, 50 Mk. — 20, Sp. in Dresden: Zuführung kann nicht mehr erfolgen; wir empfehlen Postabonnenten.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schanzenplatz 5 II.
Fernsprecher: Emil Kurff, Nr. 1191.

Behandlung

Stattfiskarten für die Zählung der Arbeitslosen einfinden! Wir eruchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einbringung der grünen Stattfiskarten über die Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1921: 7. Juni 1921, pünktlich einzubringen. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Etliche in Nr. 28. Mal. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankatur der Karten ist zu achten!
Berlin. Die Hauptverwaltung.

Aufforderung zur Bezahlung der Protokolle

Die noch ausstehenden Beiträge für bezogene Protokolle über die Nürnberg Generalversammlung sind unverzüglich einzulösen. (Postfachkonto: Berlin Nr. 10237, B. Schwenk.)
Der Verbandsvorstand.

Gau Leipzig. Die Seherin Emil Medner, geboren in Wittenberg 1901, ausgelehrt in Leipzig 1919; Oswald Mengler, geboren in Schönefeld 1874; Georg Ritter, geboren in Leipzig 1901, ausgelehrt dortselbst 1920; die Trucker Max Becker, geboren in Leipzig-Meitzschach 1897, ausgelehrt in Leipzig 1916; Hans Köhler, geboren in Leipzig-Reuditz 1896, ausgelehrt in Leipzig 1915; Herbert Willemer, geboren in Leipzig 1902, ausgelehrt dortselbst 1920, werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen im Gaubureau zu melden.

Adressenveränderungen

Bautzen. (Ort und Bezirk.) Vorstehender: Richard Schmiedel, Bautzen, Schillergasse 8 II.

Veranlassungshalter

Chemnitz. Steinschnepper- und Galvanoplastiker-Halb-Jahresversammlung (Sachverwalter: H. Schilling) Sonntag, den 29. Mai, vormittags, pünktlich 11 Uhr, in Zwickauer, Restauration „Goldener Bock“.
Dresden. Maschinenseher-Generalversammlung Sonntag, den 29. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Livol“.
Erfurt. Versammlung Freitag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr im „Prinz Karl“.
Leipzig. Gaunmitgliederversammlung Freitag, den 27. Mai, nachmittags 5 Uhr, im „Waldhaus“, Seherstraße 32.
Plauen i. B. Maschinenseher-Generalversammlung Sonnabend, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Bürgergarten“, Annenstraße 17.
— Maschinenseher-Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“, Paulusstraße.
Oberstein. Versammlung für alle Mitglieder aus Oberstein, das 2. und 3. Mal am Sonntag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Schillerpark“ in Oberstein.
Hofsch. Versammlung Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, in der „Reichsbrauerei“.

